Stand: 16.12.2025 01:59:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15756

"Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/15756 vom 02.03.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16687 des WI vom 28.03.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/16864 vom 10.05.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 10.05.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

02.03.2017 Drucksache 17/15756

Antrag

der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Wolfgang Fackler, Judith Gerlach, Max Gibis, Christine Haderthauer, Michael Hofmann, Florian Hölzl, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU

Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen der Beratungen des Legislativvorschlags "Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation", mit dem die Europäische Kommission den Telekommunikations-Rechtsrahmen modernisieren will, dafür einzusetzen, dass ein Eingriff in nationale Hoheiten der Frequenz- und Regulierungspolitik ausgeschlossen wird. Die bereits vorgelegten Richtlinienentwürfe und insbesondere die Schaffung einer zentralen Europäischen Regulierungsbehörde sind abzulehnen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Mitgliedstaaten und Bundesländer ihre Kompetenz in der Telekommunikationspolitik und bei verbindlichen Entscheidungen zur Vergabe und Harmonisierung von Funkfrequenzen verlieren.

Begründung:

Die EU-Kommission hat zwei Richtlinienentwürfe veröffentlicht, um ihre Zuständigkeit in Telekommunikationsfragen weiter auszudehnen und um in Zukunft wesentliche Entscheidungen in Frequenzfragen zu bestimmen, die bisher den nationalen Regierungen und Regulierern vorbehalten waren.

Mit dem vorgeschlagenen "Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation" will die EU-Kommission unter anderem zentrale Grundsätze für die Frequenzzuteilung in der Union festlegen. Zudem will

die EU-Kommission das EU-System der Regulierungsbehörden für die elektronische Kommunikation zentralisieren, um eine einheitliche Regulierung zu gewährleisten. In anderen Worten ist geplant, das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) zu einer Aufsichtsbehörde für die nationalen Regulierer auszubauen.

Vorwand für die Pläne der EU-Kommission ist die Einführung des neuen Übertragungsstandards 5G, der ab dem Jahr 2020 schrittweise die Übertragung im Standard LTE (4G) ablösen soll. Obwohl der Standard unabhängig von den dabei eingesetzten Frequenzen ist, will die Kommission mit diesem Argument die Gelegenheit nutzen, ihre Kompetenzen zu erweitern.

In Zukunft will sie bei der Vergabe von Frequenzen EU-weit die Bedingungen vorgeben, wie z.B. den Zeitplan für die Vergabeverfahren, Versorgungsauflagen oder die Laufzeit von Lizenzen. Nationale Besonderheiten wie z.B. eine Beteiligung der Länder würden dann nicht mehr möglich sein. Zusätzlich soll die neu zu schaffende Behörde die technische Harmonisierung bindend vorschreiben und die grenzüberschreitende Frequenzkoordination übernehmen.

Im Ergebnis würde der EU-Kommission und der GE-REK die Durchsetzung einer annähernd ministeriellen Rechts- und Fachaufsicht über die Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten zustehen. Die nationalen Regulierungsbehörden in einer solch umfassenden Weise den Vorgaben einer Europäischen Agentur und der Kommission zu unterwerfen und so deren Unabhängigkeit aufzuheben entspricht nicht dem Gebot des subsidiären Tätigwerdens durch die Gemeinschaft. Gleiches gilt für die Zentralisierung der Frequenzverwaltung, denn den möglichen Vorteilen einer zentralen Koordination stehen hier aufwändige und bürokratische Abstimmungsrunden gegenüber, die den Fortschritt verlangsamen und auf ein Mittelmaß des EU-Durchschnitts herabziehen würden.

Für Bayern hätte dies als einen der stärksten Standorte im Bereich Medien und Kreativindustrie in Deutschland mit hohem Frequenzbedarf für professionelle drahtlose Produktionen gravierende Folgen. Denn sollte eine EU-Behörde die Frequenzverwaltung künftig zentral übernehmen, besteht die Gefahr, dass diese sich mit ihrer Regulierung an den Mitgliedstaaten mit dem geringsten Bedarf von Frequenzen für die Kultur- und Kreativwirtschaft orientiert, um weiteres Spektrum an den Mobilfunk versteigern zu können.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/16687 28.03.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU Drs. 17/15756

Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern

Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Sandro Kirchner Mitberichterstatter: **Thorsten Glauber**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien. Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 16. März 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 28. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.05.2017 Drucksache 17/16864

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Wolfgang Fackler, Judith Gerlach, Max Gibis, Christine Haderthauer, Michael Hofmann, Florian Hölzl, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU

Drs. 17/15756, 17/16687

Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen der Beratungen des Legislativvorschlags "Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation", mit dem die Europäische Kommission den Telekommunikations-Rechtsrahmen modernisieren will, dafür einzusetzen, dass ein Eingriff in nationale Hoheiten der Frequenz- und Regulierungspolitik ausgeschlossen wird. Die bereits vorgelegten Richtlinienentwürfe und insbesondere die Schaffung einer zentralen Europäischen Regulierungsbehörde sind abzulehnen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Mitgliedstaaten und Bundesländer ihre Kompetenz in der Telekommunikationspolitik und bei verbindlichen Entscheidungen zur Vergabe und Harmonisierung von Funkfrequenzen verlieren.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses (E) (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. März 2017 (Vf. 16-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 Abs. 1 Satz 1 und des § 4 Abs. 2 und 3 der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPfleWoqG) vom 27. Juli 2011 (GVBI. S. 346, BayRS 2170-5-1-G), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 14. Oktober 2014 (GVBI S. 450) geändert worden ist PII-G1310.16-0013 Drs. 17/16616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Elektrifizierungsoffensive für Bayern starten Drs. 17/14690, 17/16684 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgasfreier Schienenpersonennahverkehr Drs. 17/14692, 17/16685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Angebotsausweitung S-Bahn Nürnberg: Taktlücken schließen, Nachtverkehr bestellen Drs. 17/14948, 17/16686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Änderung der Artenschutzrechtlichen Ausnahmeverordnung Drs. 17/15316, 17/16492 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Auch den Landtag über zukünftige Möglichkeiten der gemeinsamen Wissenschaftskooperation informieren Drs. 17/15434, 17/16698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Grundschulzeugnis vereinfachen: Qualität vor Quantität Drs. 17/15436, 17/16710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			A

8.	Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen,
	Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
	Gerechtigkeit.Bildung.Zukunft – Mittelschulen stark machen
	Drs. 17/15513, 17/16711 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schulleitungen brauchen mehr Leitungszeit Drs. 17/15519, 17/16712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen Drs. 17/15599, 17/16725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bauland aktivieren – Wohnraum schaffen Drs. 17/15611, 17/16728 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Vorlage eines Gesetzes über den Vollzug des Jugendarrestes Drs. 17/15641, 17/16726 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
 Auswirkungen der Situation der HSH Nordbank auf die bayerischen Sparkassen und die BayernLB
 Drs. 17/15644, 17/16729 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hilferufe der Schulen ernst nehmen I – Mangel an Schulleiterinnen und Schulleitern wird immer größer! Drs. 17/15645, 17/16713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hilferufe der Schulen ernst nehmen III – Gute Schulen brauchen Zeit für Führung! Drs. 17/15647, 17/16714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sofortige Einstellung des Förderprogramms der Flughafen München (GmbH) Drs. 17/15740, 17/16730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Innenentwicklung vor Außenentwicklung – Grundsteuer ergänzen – Flächenverbrauch vermeiden Drs. 17/15742, 17/16731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern Drs. 17/15756, 17/16687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	团	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU Landwirtschaftliche Ausbildung für Migranten Drs. 17/15775, 17/16441 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anlage 2
zur 103. Vollsitzung am 10. Mai 2017

20.	Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Bauen mit Holz Drs. 17/15799, 17/16688 (E)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
21.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem der EU Drs. 17/15810, 17/16732 (G)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		ENTH		A	
22.	Dringlichkeitsantrag de Thomas Gehring u.a. u Notprogramm zur Unte Prekäre Situation an d Drs. 17/15811, 17/167	und Fraktion (BÜNDNI errichtsversorgung – en Grund- und Mittels	,	Hartmann,	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
 Alternative Antriebstechnologien im Schienenverkehr Drs. 17/15816, 17/16689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

24. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Handeln statt Reden: Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen sofort entlasten

Drs. 17/15820, 17/16716 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
 Prüfung von Dienstleistern: Netzwerken von Extremisten und Sekten von

Prüfung von Dienstleistern: Netzwerken von Extremisten und Sekten vorbeugen Drs. 17/15830, 17/16699 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Notsituation an Grund- und Mittelschulen – Lehrermangel sofort stoppen! Drs. 17/15839, 17/16717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
 Unterrichtsversorgung sicherstellen –
 Extrapool für längerfristige Ausfälle von Lehrkräften einrichten Drs. 17/15840, 17/16718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z